

Saale-Zeitung.

Zweimonthlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg. solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annoncenstellen und in den Annoncen-Expeditionen angenommen. Preislisten die Seite 60 Pf. Größeren mögenfalls 50 Pf. Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2.50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2.75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2.90 M., einmonatlich 1.50 M. Die Postgebühren werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6298 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Oswald Schütze in Halle.

(Sprechverbindung Nr. 178.)

Nr. 472.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 8. Oktober

1898.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Vierteljahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen, unangefordert angenommen. Die Expedition.

Polizeiliche Mißstände.

Was einem anständigen Mädchen in Berlin passieren kann, mit diesen Worten leitete der Vorsitzende des Gerichtshofes vor einiger Zeit eine Verhandlung ein, die sich in der Reichshauptstadt abspielte. Man hat über den Fall Köppen recht viel gesprochen und geschrieben, auch über den Fall Kiefer und eine Anzahl anderer Fälle. In Berlin beschäftigt sich mit den polizeilichen Zuständen die Stadtverordnetenversammlung wie auch die Volkswirtschaft. Namentlich alle Parteien waren darüber einig, daß hier mancher Wandel geschehen müsse. Ueberhaupt ist seit geraumer Zeit unabhängig von dem Reform der Polizei die Rede. Diese Forderung wurde auch unter dem niederliegenden Einbruch der Einfüllungen gestellt, die in den niedrigeren Kreisen und v. Kaufs gemacht wurden. Allen es scheint, als ob entweder die Kräfte der leitenden Personen dieser nicht ausgereicht haben, die angestrebten Verbesserungen durchzuführen, oder vielmehr arbeitet man auch mit solcher Gründlichkeit, daß man von dem Gedanken noch nicht zur Tat übergehen konnte. Denn die wenigen Veränderungen, die bisher über die Bestimmung der Kräfte in den Polizeibereichen bekannt geworden sind, betreffen kaum die Oberfläche.

Es ist für die preussische Regierung wichtig ein unangenehmes Aufkommen, das der Erlaß des Ministers v. B. Rede über den Waffengebrauch der Polizeibeamten wenige Tage vor dem Prozeß Stadtthagen bekannt geworden ist. Der Minister verlangt von den Polizeibeamten erhöhte Schneidigkeit, und in dem Prozeß Stadtthagen haben sich wieder einmal Zustände ergeben, denen gegenüber der Bürger noch erhöhten Schutz gegen die Schneidigkeit ruft. Daß der Minister des Innern ebenso wie der Polizeipräsident Auforderungen in seiner Weise wünscht oder entkündigt, liegt auf der Hand. Aber vielleicht sind beide nicht im Klaren über die Ursachen der Mißstände. Betrachtet man die Polizei wesentlich von dem Gesichtspunkte, wie der Minister in seinen Verfügungen über den Waffengebrauch sagt, so ist das heutige System ganz begründet. Nimmt man dagegen zur Beurteilung der Angelegenheit der Polizei einen anderen Gesichtspunkt ein, so wird man das heutige System als unzureichend und nachteilig ansehen. Wenn die Polizei angefaßt wird, sofort bei der ersten Gelegenheit von allen Waffen wirksamen Gebrauch zu machen, mit scharfer Waffe einschlagen und scharf zu schießen, so erscheint die Polizei als eine Hülfstruppe der Armee. Alsbald ist es auch nur natürlich, daß frühere Soldaten in den polizeilichen Diensten herangezogen werden, da diese gewissermaßen eine Fortsetzung des militärischen Berufs bilden. Wenn man dagegen der Polizei vorzugsweise friedliche Aufgaben zuschreibt, wie sie auf dem Gebiete der bürgerlichen Sicherheit, des Rechtsschutzes, der bürgerlichen Hilfe liegen, so wird man die Bekleidung der Polizei aus anderen als militärischen Kreisen für zweckmäßig und notwendig halten.

Es ist kaum noch erforderlich, auf die englischen Zustände hinzuweisen. Dort besteht zwischen Polizei und Publikum ein Verhältnis, wie es leider in Preußen und in einzelnen anderen Einzelstaaten Deutschlands scharflich vermisst wird. Der „blaue Mann“ in London findet bei jedem Eingliederung rechtsstaatliche Unterfertigung. Er gilt als der Säugler der Ordnung. Man kann alle Tage sehen, wie in den belebtesten Straßen, wo ein lebensgefährlicher Verkehr herrscht, auf einem Winkel des Bordsteins sämtliche Wagen halten und der Beamte an der Hand ein Kind oder einen Greis über den Fahrdamm führt. Der Polizeimann ist in London der natürliche Berater jedes Menschen, der in Verlegenheit kommt. Er giebt die freundlichste Auskunft. Er ist die Freundlichkeit und Höflichkeit selber. Wenn der Polizeimann in einen Konflikt gerät, so nimmt an der Stelle alle Welt für ihn Partei. Wie anders in Berlin! Daß es anders ist, kann aber nicht leiblich der Verschiedenheit der Volkcharaktere zur Last gelegt werden. Vielmehr würden die Polizeibeamten genau dieselbe Unterfertigung wie in London finden, wenn die polizeilichen Einrichtungen dieselben wären.

Aber zunächst ist die Polizei in Preußen und zunächst überall in Deutschland viel zu viel mit politischen Geschäften überbürdet. Schon dadurch gerät die Polizei, in einer Großstadt mindestens, in einen politischen Gegenatz zu der Mehrzahl der Bevölkerung. Sodann ist auch in Preußen die Polizei mit einer Fülle von Geschäften überlastet, die in England durchweg den Selbstverwaltungsgeschörden überlassen sind. Infolgedessen erhält man hierzulande nur zu oft den Eindruck einer unzulässigen polizeilichen Bevormundung. Je mehr die Polizei sich auf ihren eigentlichen Beruf, auf den Schutz der Sicherheit, auf die Pflege der Verkehrsfreiheit und auf ähnliche Dinge beschränken kann, um so tüchtiger wird sie auf ihrem eigentlichen Gebiet sein und um so eher wird sie die Anerkennung und Unterfertigung der Bürgerchaft finden. Dazu aber ist es nötig, daß auch von den leitenden Stellen nicht alles vertrieben unter dem politischen Gesichtswinkel betrachtet wird. Nur ist diese einseitige Anschauung zwar aus der geschichtlichen Ueberlieferung zu erklären. Aber was erklärt werden kann, ist doch noch nicht gut und erhaltenswerth.

Der Minister v. B. Rede schlug in seinem Erlaß über den Waffengebrauch offenbar der Abschreckungstheorie. Aber je scharfer die Beamten selbst vorgehen sollen, desto es gilt, unbedingten Widerstand zu brechen, um so scharfer müssen auch die Beamten bestraft werden, wenn sie ihre Gewalt miß-

brauchen und berechtigten Interessen verletzen. Hier begegnet man mitunter einer Auffassung der Strafbarkeit von Ausschreitungen, die von der öffentlichen Meinung nicht gebilligt wird. Beispielsweise haben einige Begnadigungen von Polizeibeamten, die sich strafbar gemacht hatten, zu manchen Erweiterungen Anlaß gegeben. Solche Erweiterungen können nicht damit verbunden werden, daß man das Gnadenrecht ein absolutes Kronrecht nennt. Die Begnadigungen erfolgen auf Vorschlag und unter Verantwortlichkeit eines Ministers. Und vielleicht wäre den zuständigen Ministern dieselbe Strenge den Beamten gegenüber zu empfehlen, die den Beamten für die Volksaufstände und Landfriedensbrüche empfohlen worden ist. Es ließe sich auch die Frage aufwerfen, ob nicht die Begnadigung von Beamten, die sich schwere Mißhandlungen haben zu schulden kommen lassen, davon abgesehen gemacht würde, daß die mißhandelnden Personen sich mit dem Strafnachsch einverstanden erklären, wie ja auch nach der preussischen Verfassung Minister, wenn sie auf Antrag einer der Kammern angeklagt wurden, nur auf Antrag der anliegenden Kammer begnadigt werden dürfen.

Die Geheimnisse der Polizeiwelt sind ein Kapitel das neuerdings eben so oft behandelt wird, wie Jahre hindurch die militärischen Mißhandlungen. Wer wollte leugnen, daß die Militärbehörden solchen Mißhandlungen mit der größten Strenge entgegengetreten sind. Man braucht nur an den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen zu erinnern. Die Verantwortlichkeit der Beamten für ihre Untergebenen ist so scharf durchgesetzt, daß man mitunter sogar der Ansicht sein kann, sie gehe zu weit, und ein Offizier müsse dieselben ungeschützt für die Ausschreitungen leiden, die er nicht verhindert hat. Jedemfalls ist an dem nachdrücklichen Willen der Militärverwaltung, die Mißhandlungen zu verhindern, nicht zu zweifeln. Derselbe Wille wird bei den zuständigen Behörden auch den Ausschreitungen von Polizeibeamten gegenüber walten. Aber diese Ausschreitungen sind selten festzustellen, da es zumeist an Zeugen fehlt, sobald auch weil mit der Beweiserleichterung oder der Straflosigkeit die Gefahr verknüpft ist, daß der Greis umgedreht und der Mißhandlung auch noch wegen Beleidigung oder falscher Anschuldigung belangt werde. Deshalb wäre es nicht verwunderlich, wenn an nachgehender Stelle die Größe des strafrechtlichen Mißstandes unterschätzt würde.

Deutsches Reich.

Vor der Orientreise.

Die bevorstehende Reise des Kaisers hat die Organe der öffentlichen Meinung schon mannigfaltig beschäftigt und über den Zweck der Reise, über den dabei zu erwartenden Pomp, wie über den gewählten Zeitpunkt ist schon viel geschrieben und viel geschrieben worden. Man hat darauf hingewiesen, daß es gewagt sei, wenn sich das Staatsoberhaupt in einer Zeit, wo sich allerhand Wirren in den Beziehungen der Völker untereinander vorbereiten, auf so weite Reisen begibt und dem europäischen Centrum, dem Raube, der Reichshauptstadt an die Monarchie den Rücken kehrt. Man hat ferner darauf hingewiesen, daß der große Aufwand an Gelingen, an amtlichen und nichtamtlichen Personen, die den Kaiser auf seiner Reise begleiten werden, die großartigen Vorkehrungen, die das verarmte Vaterland zu bewerkstelligen haben, sehr schwere Geldopfer für den Empfang zu bewilligen, mit dem eigentlichen Zweck einer privaten Vergnügungstour nicht in Einklang zu bringen sind, und daß schließlich der Ehrgeiz der katholischen Länder durch eine sichtlich protestantische Demonstration an den Säulen der Bibel Mißtrauen und Haß bei den befreundeten Nationen erregen könnte. Von größerer politischer Bedeutung als alles dies aber ist doch die Frage, ob nicht durch diese Auslandsreisen des Oberhauptes des Deutschen Reiches der Gang der Staatsschicksale veränderte wird. Daß bei der mehrmonatlichen Abwesenheit des Kaisers manche wichtigen Entscheidungen verzögert werden, läßt sich kaum verneinen. Es sind auch Gebiete in den Reichspartien angenommen worden, wo selbst die telegraphische Verbindung mit der Heimat unmöglich sein wird. Auch sind die persönlichen Gefahren, die mit dieser Reise in halb bewohnten, verwahrlohten durch Unruhen erschütterten Ländern verbunden sind, nicht zu unterschätzen. Ein Postenblatt in Berlin, der „Reichsbote“, der Beziehung zum kaiserlichen Hof hat, hält es für notwendig, seine Leser zu ermahnen, thätig für das Leben und die Gesundheit des Kaiserspaars und seiner Begleitung zu beten, doch Gott der Herr die Zerknirschung an ihrem von Hoff, göttlichen Lieben und Gutes“ vielfach umgebenen Zuge in Schutz nehmen. Hoffen auch wir, daß die Reise ohne Unfall sich vollzieht und die Staatsschicksale in der Heimat ungeörteten Fortgang nehmen.

Die Regierung und die Fleischpreise.

In der „Nord. Allg. Ztg.“ wird heute der Versuch gemacht, die immer lauter werdenden Klagen über Fleischpreise als unbegründet darzustellen: die Einfuhr an Fleisch sei, wenn man lebendes Vieh, zerstückt und einfach zubereitetes Fleisch zusammenrechnet, nicht zurückgegangen, da die Wiedereinfuhr an Vieh durch die Mehreinfuhr an Fleisch ausgeglichen werde; auch hätten die Fleischpreise im Großhandel keine erhebliche Veränderung erfahren. Woher kommen aber dann die Klagen, welche das Regierungsgeschäft zu widerlegen versucht? Es antwortet auf diese Frage ganz im Still der konservativ-agrarischen Presse:

Aus diesen Worten geht hervor, daß der Großhandelspreis sich keineswegs zu einem abnormen gestiegen hat. Er ist für sich und August theilweise sogar niedriger als im Vorjahre und hat sich sonst nicht wesentlich verändert. Wenn sich demnach weder ein Hauptkriterium Fleischmangel zeigt, noch die Großhandelspreise etwas von Fleischmangel erkennen lassen, so

ist andererseits nicht in Abrede zu stellen, daß die Fleischpreise für Schweinefleisch im Kleinhandel nicht unbedeutend gestiegen sind. Es dürfte indessen fraglich sein, ob die Höhe der gegenwärtigen Fleischpreise zum Theil nicht auch eine künstliche ist. Bei der Preisbildung kommt der Großhändler wesentlich in Betracht, und wenn ein Vereiler der Kleinhandels- und Großhandelspreise zeigt, daß der Unterchied zwischen unüberhöhtmäßig groß ist, so wird dies wohl nicht zum wenigsten auf die geistliche Benutzung der Nachfrage seitens des Großhandels zurückzuführen sein. Daß das Fleischergewerbe die Einfuhr von Fleisch auslastet von lebendem Vieh nicht gern sieht, ist erklärlich. Die Fleischer erleben in derselben Weise eine Einfuhr an Arbeit und Verdienst, in welchem maßvoller Fleisch vom Viehlande eingeführt wird, denn es geht ihnen die Arbeit des Schlachtens und des Fleischhauens verloren. Darum läßt sich das Fleischergewerbe durch Subvention an höheren Preisen, als durch Angebot und Nachfrage gerechtfertigt erscheint, schablos zu halten, und schließlich sich denjenigen an, die eine Aufhebung der noch in Kraft befindlichen Grenzpreisen verlangen. Diese Forderung dürfte von gewissem, an der Einfuhr des Schlachtens und des Fleischhauens verloren, insofern die deutsche Regierung in dem Erlaß ausreichender gesundheitspolizeilicher Vorschriften gegen die Einfuhr lebenden Viehes eine Pflicht erblickt, deren Erfüllung dem Viehimport unbedingte Schranken setzt. Vor der Hand darf an die Befreiung aller Grenzen für die Einfuhr lebenden Viehes nicht gedacht werden. Es hat schwere Opfer gekostet, die Grenzlinie für die durch das Ausland verursachte Einfuhr unserer Viehhaltung heranzustellen, und es ist gelungen, für die Gesundheit derselben wieder einen besseren Stand zu erreichen. Eine Aufhebung der Schutzwehr gegen Einschleppung neuer Krankheitskeime in gegenwärtiger Zeit würde das deutsche Volk sehr schnell um das glückliche Erbe bringen, und dann würde die Fleischhand, von der heute in ungeschänder Weise so viel geredet wird, in Würdlosigkeit herbeiführen.

Das Regierungsgeschäft, so wie man sieht, bei den Agrarieren mit Erfolg in die Jahre gegangen. Was die angelegte „Entscheidung unserer Viehhaltung“ durch die Einfuhrverbote betrifft, so ist eine solche bisher keineswegs erfolgt; es giebt deutsche Landbesitzer, welche viel stärker „verdurstet“ sind, als Länder, gegen welche wir Grenzpreisen haben. Was aber die eigentliche Beweisführung der „Nord.“ betrifft, so besteht sie aus einer Vergleichung der Einfuhr und der Preise des Jahres 1898 mit — dem Jahre 1897! Dadurch soll gezeigt werden, daß kein Grund zu Beschwerden vorhanden sei. Nun sind die Unterschiede gegen 1897 allerdings nicht sehr groß, aber vor einem Jahre waren die Klagen schon ebenso laut und weit verbreitet; sie haben sich seitdem noch weiter verschärft, weil keine Abhilfe erfolgt. Geht man etwas weiter zurück, dann gestaltet sich das Bild ganz anders; noch im Jahre 1892 sind ungefähr zehnmal so viele Schweine eingeführt worden wie 1897, und die Bevölkerung hat sich doch in den 5 Jahren erheblich vermehrt.

Zur Personalreform.

In einem Artikel der „Sozialen Praxis“ über die „Personalreform“ auf den künftigen Eisenbahnen“ wird an den Personalrat erinnert, der am 1. Dez. 1894 in Aufstand zur Einführung gelangte. In diesem Tarife, der auf einer Verbindung von Staat- und Jontentarifen fußt, hatte der Nachverkeh sehr keine Gleichrichtung gefunden, und demnach betrug die Mehreinnahme schon im ersten Jahre 4,250,000 Mark. Daraus schließt die „Soz. Praxis“:

„Diese Erfahrung bestätigt von neuem, daß Tarifermäßigungen, die einem wirklichen Verkehrsbedürfnis entsprechen und weit gehen, um seine Befriedigung zu ermöglichen, nicht zu einer Minderung der Einnahmen, sondern im Gegenteil durch welches Ansehen des Verkehrs im Allgemeinen sich zeigen. Bei und die künftigen Eisenbahnen Personalrat in den verlassenen Jahren als ein Beweis dafür angesehen wird, daß unsere Tarife, deren Unvollkommenheit bei aller Welt außer Zweifel steht, in ihrer jetzigen Höhe kein Hindernis für die Befriedigung des wachsenden Verkehrsbedürfnisses seien, so liegt hierin eine bedeutsame Verneinung der künftigen Befriedigung zu liegen. Mit sehr viel größerem Rechte könnte daraus gefolgert werden, daß das vorhandene Verkehrsbedürfnis allzu gering ist, als daß selbst unsere eine Beeindlichung und Verbilligung dringend bedürftigen Tarife feiner wollen Befriedigung in größerem Maße hindern könnten.“

Die Agrarier fürchten demnach, daß eine Ermäßigung der Fahrpreise die „Eisenbahnabgabende“ fördern und somit die Leutenz im Osten noch steigern werde. Die „Soz. Prag.“ dagegen hält hohe Fahrpreise als ein Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit für ein „Unglück“. weil eine Last, die nur einmal zu tragen ist, in den jetzigen Jahren eine Unübersicht sein werde, den alten Wohlthätig zu verlassen um lebhafte Arbeitsbedingungen aufzusuchen. Dagegen erwartet sie von der vorgeschlagenen Reform einen „nicht zu unterschätzenden sozialen Gewinn“.

Die Befriedigung der sich von der dritten schon heute kaum noch erträglich anführenden vierten Wagenklasse unter Uebertragung ihrer Abgabe auf die dritte Klasse würde die bedeutsame, namentlich in Norddeutschland übliche strenge Abkürzung des sogenannten vierten Standes von den übrigen Kreisen der Bevölkerung mindern.“

Die Spinner und die Schutzlos.

Der „Confect.“ weiß von der kürzlich in Berlin abgehaltenen schützlosster Spinnerversammlung wackerliche Dinge zu berichten:

Gleich nach der Eröffnung der Versammlung wurde der Antrag eingebracht, zu beschließen, daß eine Deputation über etwaige Ermäßigungen der Lohnsätze überhaupt nicht stattfinden dürfe. Erst als mehrere Mitglieder der Versammlung erklärten, sie würden bei Annahme dieses Antrages die Versammlung verlassen, wurde der Antrag zurückgezogen. Sodann bedingte man, daß die Verbot-

Balkleiderstoffe

in klaren und dichten Geweben,

Ballumhänge

aparte und kleidsame Façons,

Kopfchales, Fächer, Blumengarnituren, Federboas,

Perltüllröcke abgepasst, dazu passende

Perltülle zu Taillenbezügen und Blusen,

Besätze für Rock u. Taille, einfarbig u. bunt,

Federbesätze, Rüschenbesätze, Spitzen u. Zugbänder für Kleider-Besatz

reiche Auswahl — billige Preise.

Halle a. S.,
Gr. Steinstrasse 87.

A. Huth & Co.

Halle a. S.,
Gr. Steinstrasse 87.

Posamenten

Preise niedrig und fest.

Tricotagen

Hamburger Engros-Lager

Anträge nach auswärts werden prompt und sorgfältig ausgeführt.

Leopold Nussbaum

Umfangreich bereitwilligst

Halle a. S.

6 Kleinschmieden 6.

Tapiserie

Grosso reichhaltige Auswahl.

Sämtliche Zuthaten zur Damenschneiderei.

